A-1 Selbstbestimmte und gleiche Teilhabe für Menschen mit Behinderungen

Antragsteller*in: Corinna Rüffer (KV Trier), Daniel Köbler (KV Mainz), Matthias Rösch (KV Mainz), Ottmar Miles-Paul (KV Trier), Ursula Hartmann-Graham (KV Mainz-Bingen), Ruth Ratter (KV Bad Dürkheim), Stefan Thome (KV Kaiserslautern-Stadt), Christian Bayerlein (KV Koblenz), Wolf Buchmann (KV Trier), Angelika Birk (KV Trier), Ruth Jaensch (KV Mainz), Claudia Laux (KV Bernkastel-Wittlich), Ronald Maltha (KV Mayen-Koblenz), Armin Grau (KV Rhein-Pfalz), Sven Dücker (KV Trier), Christoph Weyrath (KV Rhein-Lahn), Melanie Petri (KV Neuwied), Martin Schmitt (KV Mayen-Koblenz), Birgit Alt-Resch (KV Bernkastel-Wittlich), Anne-Marie Heinicke (KV Kaiserslautern-Land), Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße)

Tagesordnungspunkt: 5. Anträge

1 Inklusion bedeutet eine Gesellschaft, die sich den Menschen anpasst; eine
2 Gesellschaft, die so gestaltet wird, dass jeder und jedem Einzelnen
3 Gleichberechtigung und selbstbestimmte Teilhabe ermöglicht wird. Für Menschen
4 mit Behinderungen ist dieses Recht auf selbstbestimmte und gleiche Teilhabe
5 völkerrechtlich in der UN-Behindertenrechtskonvention seit einem Jahrzehnt
6 verbrieft. Seither hat sich in Deutschland und insbesondere in Rheinland-Pfalz
7 einiges bewegt, aber wir sind noch lange nicht am Ziel.

8 Wir GRÜNE setzen uns für eine inklusive Gesellschaft ein, in der alle Menschen
9 miteinander leben, lernen, arbeiten und am Leben in der Gemeinschaft teilhaben
10 können. Menschen mit Behinderungen haben das Recht, selbstbestimmt,
11 gleichberechtigt und ohne Diskriminierung aufgrund ihrer oder seiner
12 Beeinträchtigung zu leben! Der Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile ist
13 dafür eine Grundvoraussetzung. Daher fordern wir schon lange die Ablösung der
14 überholten, aus Fürsorge und Sozialhilfe stammenden Eingliederungshilfe durch
15 ein echtes Bundesteilhabegesetz als modernes Leistungsgesetz.

16 Doch das geltende Recht der Eingliederungshilfe, das einen großen Teil der
17 Unterstützungsleistungen für Menschen mit Behinderungen regelt, stammt
18 größtenteils aus den 1960er und 1970er Jahren. Es enthält Passagen, die nicht
19 mit der UN-Behindertenrechtskonvention vereinbar sind. Diese Vorschriften
20 ermöglichen es der Verwaltung, die Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen
21 einschränken.

22 Stattdessen braucht es ein Teilhabegesetz, das an der UN-
23 Behindertenrechtskonvention, an Selbstbestimmung und Inklusion ausgerichtet ist.
24 Die Unterstützungsleistung muss aus der Sozialhilfe gelöst werden und an den
25 Bedürfnissen derjenigen orientiert werden, die sie benötigen. Zudem muss der
26 Bund sich im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung an den Kosten für
27 die Eingliederungshilfe beteiligen.

28 Das Bundesteilhabegesetz ist das größte behindertenpolitische Vorhaben seit
29 langer Zeit und eines der bedeutendsten sozialpolitischen Projekte der jüngsten
30 deutschen Geschichte. Die Große Koalition hat damit bei Menschen mit
31 Behinderungen und ihren Verbänden große Hoffnungen und hohe Erwartungen für eine
32 längst überfällige Weiterentwicklung des Teilhaberechts geweckt.

33 Doch der Gesetzentwurf, den das Bundeskabinett am 28. Juni 2016 beschlossen hat,
34 ist enttäuschend. Er bringt nicht den von Union und SPD angekündigten
35 Systemwechsel, vielmehr ist die Logik der Sozialhilfe nach wie vor bestimmend.
36 Insbesondere für Menschen mit hohem Assistenz- und Unterstützungsbedarf sowie
37 für Menschen mit Lernschwierigkeiten sind sogar Nachteile zu erwarten.

38 Zudem will der Bund, anders als angekündigt Länder und Kommunen nicht
39 strukturell und dauerhaft bei den Kosten der Eingliederungshilfe entlasten.

40 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Rheinland-Pfalz fordern die Landesregierung auf, sich
41 im Bundesrat mit Nachdruck für wesentliche Verbesserungen am Entwurf der
42 Bundesregierung einzusetzen. Es muss unbedingt gewährleistet sein, dass Art und
43 Umfang der Leistungen aus der Eingliederungshilfe auf dem Niveau des derzeit
44 geltenden Rechts erhalten und echte Fortschritte erzielt werden. Ein gutes
45 Bundesteilhabegesetz muss Inklusion und Selbstbestimmung ermöglichen. Dafür
46 müssen mindestens folgende Punkte erfüllt sein:

47 1. Für die Leistungsberechtigung muss gelten: Wer Unterstützung braucht, muss
48 diese auch bekommen! Der Kreis der Leistungsberechtigten darf nicht
49 eingeschränkt werden. Auch AusländerInnen ohne Niederlassungserlaubnis oder mit
50 einem befristeten Aufenthaltstitel und Asylsuchende mit Behinderung müssen ein
51 Recht auf Eingliederungsleistungen haben.

52 2. Der Bund muss sich dauerhaft und der tatsächlichen Entwicklung der
53 Teilhabeleistungen entsprechend für eine dauerhafte Entlastung Länder und
54 Kommunen an den Kosten der Eingliederungshilfe beteiligen.

55 3. Menschen mit Behinderung müssen selbst bestimmen können, wo, wie und mit wem
56 sie leben möchten. Es darf keine Vorschriften geben, mit denen das Wunsch- und
57 Wahlrecht aus Kostengründen beschnitten werden kann und Menschen mit Behinderung
58 beispielsweise gegen ihren Willen in Heime eingewiesen werden können oder dort
59 bleiben müssen. Kosten dürfen – wenn überhaupt – nur dann verglichen werden,
60 wenn die fraglichen Alternativen den gleichen Gestaltungsgrundsätzen folgen.
61 Entscheidendes Kriterium muss der Wunsch des leistungsberechtigten Menschen mit
62 Behinderung sein. Inklusive Leistungen müssen grundsätzlich Vorrang haben.

63 4. Leistungen der sozialen Teilhabe wie beispielsweise der persönlichen
64 Assistenz dürfen nur dann gemeinsam für mehrere Personen erbracht werden, wenn
65 die Leistungsberechtigten das ausdrücklich wünschen. Es darf nicht möglich sein,
66 einen Menschen mit Behinderung zu zwingen, sich z.B. eine/n AssistentIn mit dem
67 ebenfalls behinderten Nachbarn zu teilen, weil das kostengünstiger wäre.

68 5. Leistungen der sozialen Teilhabe dienen dazu, die Benachteiligungen aufgrund
69 der Behinderung auszugleichen und selbstbestimmte gesellschaftliche Teilhabe zu
70 ermöglichen. Menschen mit Behinderungen haben ein Recht auf diese Leistungen.
71 Deshalb müssen Leistungen zur Teilhabe erbracht werden, ohne dass Menschen mit
72 Behinderung dafür mit ihrem eigenen Einkommen und Vermögen aufkommen müssen.

73 6. Das Budget für Arbeit muss so gestaltet werden, dass Menschen mit
74 Behinderungen keine Nachteile gegenüber Ihrem bisherigen Status als Beschäftigte
75 oder Arbeitnehmer_in haben und das in Rheinland-Pfalz erfolgreich entwickelte
76 „Budget für Arbeit“ weiter Wirkung entfalten kann.

77 7. Der „Verschiebebahnhof“ zwischen Eingliederungshilfe und Pflegeversicherung
78 muss beendet werden. Eine Ausweitung der Diskriminierung behinderter Menschen in

79 der Pflegeversicherung muss unbedingt verhindert werden. Leistungen der
80 Eingliederungshilfe müssen weiterhin gleichberechtigt neben Pflegeleistungen
81 stehen.

82 8. Leistungen zur Teilhabe müssen sich daran orientieren, welche Unterstützung
83 behinderte Menschen benötigen (Personenzentrierung) – und nicht daran, ob eine
84 Leistung in Einrichtungen oder außerhalb angeboten wird. Für konsequent
85 personenzentrierte Leistungen sind bundeseinheitliche Kriterien und klare
86 Bedarfsbemessungsverfahren unverzichtbar.

87 9. Die unabhängige Beratung auf Grundlage des Peer Counseling (Beratung von und
88 für Menschen mit Behinderungen) ist eine große Chance für Selbstbestimmung und
89 Empowerment. Sie darf nicht durch eine Befristung der Bundesförderung
90 eingeschränkt werden.

91 10. Für eine an Inklusion und Selbstbestimmung ausgerichtete Umsetzung der
92 Teilhabeleistungen brauchen wir eine neue Struktur des Trägers der
93 Eingliederungshilfe. Die schleichende Kommunalisierung führt zu ungleichen und
94 ungerechten Lebensverhältnissen für die Menschen mit Behinderungen in unserem
95 Land. Deshalb brauchen wir eine überregionale Trägerschaft der
96 Eingliederungshilfe in gemeinsamer Verantwortung von Land und Kommunen – für die
97 Menschen mit Behinderungen in Rheinland-Pfalz.

98 11. In einem Landesinklusionsgesetz wollen wir die UN-
99 Behindertenrechtskonvention in rheinland-pfälzisches Landesrecht umsetzen und
100 das Bundesteilhabegesetz zusammen mit einer Novellierung des
101 Landesbehindertengleichstellungsgesetzes landesrechtlich umsetzen.

Begründung

erfolgt mündlich